

I. Ursprung und gegenwärtige Resultate des Konflikts zwischen GEW-Berlin und GEW-Bund

In der Berliner Lehrgewerkschaft hat mit dem Hineinströmen der in der Studentenrevolte politisch sozialisierten jungen Lehrer und mit der Stagnation der Bildungsreform seit Beginn der 70er Jahre ein Linksrutsch stattgefunden. Die Abwahl alter Vorstände; das Ausscheiden eines Teils der Kollegen in Arbeitgeberfunktion; der Zusammensetzung des Funktionärskörpers, der Mitgliederversammlungen, der Vertreterversammlungen, der Betriebsgruppen wesentlich aus Lehrern, die mit ihren fortschrittlichen Positionen unter sich sind, kennzeichnen die Entwicklung der Berliner GEW in den letzten drei Jahren. Die Politik des Verbands ist dadurch gekennzeichnet, daß der Konflikt mit der SPD-Landesregierung in verschiedenen Fragen der Schulpolitik und der Bildungsreform zu einem Zeitpunkt aufgenommen wird, als der neue Schulsenator Löffler mit der expliziten Vorstellung, die – bezogen auf das Bundesgebiet – relativ fortschrittliche SPD-Bildungspolitik zu stoppen und zum Teil zu liquidieren, sein Amt übernimmt. In Berlin entwickelt sich eine harte Konfrontation zwischen GEW-Verband und SPD-Landesverband, die mit dem Ausscheiden von SPD-Arbeitgebern sowie einigen Trägern der sozialdemokratischen Bildungsreform aus dem Berliner Verband ihren ersten Höhepunkt erreicht.

Die gewerkschaftspolitische Konfrontation findet ihren Ausdruck im Konflikt um die Übernahme einer vereinheitlichten Bundessatzung durch den Berliner Verband, in welcher von vielen Kollegen ein Mittel der politischen Disziplinierung und der Revision des Linksrutsches gesehen wird. Der Kampf um die Erhaltung einer Gewerkschaftspolitik, die nicht einfach Bestätigung sozialdemokratischer Bildungspolitik ist, erscheint in der Form von „Autonomie“-Bestrebungen des Berliner Verbandes, die innerhalb der Industriegewerkschaften umso schwerer vermittelbar sind, als diese Autonomie je gerade Charakteristikum der alten korporativ orientierten Lehrerverbände war. So bezeichnet die Bundes-GEW, vertreten durch ihren Vorsitzenden Frister, die Satzungsvereinheitlichung und die Einschränkung der Autonomie der Landesverbände als Selbstverständlichkeit für eine Lehrgewerkschaft, die ihre berufsständischen Traditionen aufgibt und dies in ihrer Annäherung an die in den Industriegewerkschaften üblichen Organisationsformen zeigt. Verschwörungstheoretisch personalisierend wird die Politik des Berliner Verbandes entweder als Resultat der SEW-Unterwanderung oder des „relativ hohen Einflusses der Chaoten und Außenseiter in der Berliner Vertreterversammlung“ bezeichnet (1). Umgekehrt wird es

1 E. Frister, 12 Antworten auf 12 aktuelle Fragen, Dez. 1976, Sonderdruck der Berliner Lehrerzeitung Nr. 10

in Berlin üblich, die Politik der Bundes-GEW und ihres Vorsitzenden Frister nicht mehr aus dem politischen Kräfteverhältnis auf Bundesebene zu erklären und die Tatsache CDU-regierter Bundesländer samt deren Bildungspolitik als einen möglichen Bestimmungsfaktor von GEW-Politik zu berücksichtigen, sondern allein als Resultat sozialdemokratischer Bösartigkeit bestimmter Personen, die mit allen Mitteln die Berliner Lehrgewerkschaft zerschlagen wollen. Dabei findet z. T. nicht einmal mehr eine Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik statt.

Der Konflikt um die Übernahme der Bundessatzung führt in der Berliner GEW zu einer politischen Differenzierung zwischen den verschiedenen linken Strömungen, wobei auf der einen Seite exemplarisch linke SPD und SEW mit einem Teil der nicht parteipolitisch Organisierten stehen, auf der anderen Seite ein anderer Teil der unorganisierten Kollegen (z. T. mit sozialistischem Anspruch) und die „K-Gruppen“ (2). Wie weit man in Konfrontation mit der Bundes-GEW gehen dürfe und ob der Einsatz bürgerlicher Gerichte innerhalb des Konflikts ein adäquates Mittel von Gewerkschaftspolitik sei, darum gehen die schwersten Auseinandersetzungen.

Der sich nun schon seit zwei Jahren hinziehende Konflikt hat im Januar/Februar 1977 mit der Kündigung der GEW-Berlin durch die GEW-Bund und mit der Neugründung eines Verbands GEW im DGB, dessen vorläufiger Vorstand sich mehrheitlich aus Mitgliedern der nach rechts abgespaltenen Gruppen von Gewerkschaftlern zusammensetzt, einen Höhepunkt erreicht, der mit einer, aller Wahrscheinlichkeit nach nicht so schnell reparierbaren, Aufspaltung der fortschrittlichen Kollegen auf zwei Verbände, die neue GEW im DGB und den alten Berliner Verband außerhalb des DGB einhergeht. Die Spaltung erfolgt entlang von Linien, die von den gewerkschaftspolitischen Inhalten her kaum zu rechtfertigen sind. Sie bedeutet eine schwere Niederlage des Versuchs, in Berlin eine aktive, basisorientierte Gewerkschaftspolitik zu entwickeln.

Zwar ist es inzwischen gelungen, den von der GEW-Bund kommissarisch eingesetzten Vorstand des neuen Verbands mit seinem undemokratischen Satzungsentwurf politisch zu isolieren. Die neu in den Verband übergetretenen Kollegen haben mit großen Mehrheiten wesentliche Teile der alten demokratischen Berliner Gewerkschaftssatzung in den neuen Verband übernommen, aber ein Teil der Kollegen, die sich nicht zum Übertritt in den neuen GEW-Verband entschließen konnten, haben sich inzwischen auf die Strategie eines autonomen Berliner Verbands versteift, in dem man nun endlich, unbehelligt von GEW-Bund, SPD und SEW in einem – teilweise erwünschten – selbstgeschaffenen Ghetto Gewerkschaftspolitik machen kann. Die Eigendynamik der Spaltung wird zu kräfteverzehrenden Auseinandersetzungen führen. Diese können, nachdem während des Gesamtkonflikts die berufsständischen Verbände schon entscheidend an Gewicht gegenüber der GEW gewonnen haben, dem Beamtenbund in den nächsten Personalratswahlen die Mehrheit auch dort verschaffen, wo er sie noch nicht hatte. Viele Kollegen sind resigniert und organisieren sich

2 Sicherlich spielen in der Berliner GEW auch KBW und „KPD“ eine Rolle. Ihre Berücksichtigung würde die Darstellung der gewerkschaftspolitisch ernstzunehmenden Auseinandersetzungen unnötig verkomplizieren. Es soll gerade gezeigt werden, wo die Ursachen des Satzungskonflikts unabhängig von der Politik dieser Gruppen liegen.

überhaupt nicht mehr.

Für die GEW-Bund bedeutet dieses Ergebnis eine Schwächung der Gewerkschaftslinken, der die Berliner Delegierten in jedem Fall auf dem nächsten Bundeskongreß fehlen werden.

Die in der Spaltung und politischen Resignation sich manifestierende Niederlage verweist nicht nur auf die Härte der Angriffe der Gewerkschaftsrechten, sondern gleichermaßen auf politische Fehler und Schwächen der Gewerkschaftslinken in der Abwehr dieser Angriffe. Im folgenden soll der Gang der Auseinandersetzung skizziert werden (II. Chronologie des Konflikts), um dann im Teil III zu einem Versuch der Interpretation des Konflikts zu kommen. Dabei konzentriert sich der Teil II wesentlich auf eine Skizzierung der Strategie der Berliner Gewerkschaftsrechten und der GEW-Bund gegenüber der Berliner GEW, um so noch einmal den politischen Inhalt des Konflikts herauszuarbeiten. Der Teil III interessiert sich wesentlich für die Frage, worin die Fehler, aber auch die Ursachen der Fehler einer sich als links verstehenden Berliner Gewerkschaftspolitik möglicherweise zu suchen sind. (Was unter Gewerkschaftsrechten und Gewerkschaftslinken innerhalb der GEW zu verstehen ist, soll im Laufe der Darstellung entwickelt werden.) Im Teil IV sollen dann einige aus der Analyse hervorgehende gewerkschaftspolitische Konsequenzen zur Diskussion gestellt werden.

II. Chronologie des Konflikts

Im folgenden ein geraffter Überblick über die Konfliktenwicklung der Berliner GEW in den drei letzten Jahren:

Frühjahr/Sommer 1974

Der alte Vorstand, dessen Politik sich durch Loyalität zum Berliner Schulsenat sowie mangelnde Aktivität auszeichnete und zu dem auch z. B. der ehemalige Berliner GEW-Kollege Frister in Konflikt stand, wird abgewählt. Der Abwahl gingen harte Auseinandersetzungen um den zukünftigen Kurs der Berliner GEW voraus. Der alte Vorstand hatte dabei zur Abwehr der „kommunistischen Gefahr“ mobilisiert. Der neue Vorstand unter Lore Kujawa (SPD) setzt sich aus linken Sozialdemokraten, SEW-nahen und parteipolitisch nicht gebundenen fortschrittlichen Kollegen zusammen. Die Wahl stellt ein Plädoyer für aktive Interessenvertretung unter Einschluß des Streiks als möglichem Mittel von Gewerkschaftspolitik dar. Die Mitglieder sollten stärker in den Prozeß der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen einbezogen werden.

Im gleichen Jahr wird auf einer Bundesvertreterversammlung der GEW in Mainz eine Bundessatzung beschlossen, durch die die bis dahin überwiegend selbständigen, aus Lehrervereinen hervorgegangenen und teilweise selbst Förderationen selbständiger Lehrervereine darstellenden Landesverbände zu Untergliederungen einer gemeinsamen Organisation gemacht werden. Die dabei auftauchenden vereinsrechtlichen

Probleme des Übergangs berufsständischer Verbände in eine einheitliche DGB-Gewerkschaft, von der GEW-Führung offenbar nur äußerst nachlässig bedacht, gaben dann die Grundlage für juristisches Vorgehen einzelner Gegner dieser Satzung. Diese schon längst geplante „Vergewerkschaftung“ der GEW-Landesverbände fiel zusammen mit der Durchsetzung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB in den Einzelgewerkschaften und mit dem sich abzeichnenden politischen Konflikt der GEW-Berlin mit der Bundes-GEW wegen Linksabweichung. Obwohl die Landesverbände auch nach der vereinheitlichten Bundessatzung noch einen in DGB-Gewerkschaften sonst unüblichen Autonomiespielraum in der Regelung ihrer inneren Struktur haben, kam es so zum Konflikt. Die Tatsache, daß die Zentralisierung in Sachen Unvereinbarkeitsbeschlüsse weit über das DGB-Übliche hinausging, die demokratische Verankerung der Zentralisierung demgegenüber hinter dem DGB-Üblichen zurückblieb, machte die Bundessatzung gleichzeitig zu einem möglichen Instrument der politischen Disziplinierung linksstehender Verbände.

Die Berliner Delegierten stimmten mit großer Mehrheit gegen die Form der Vereinheitlichung, sie lehnten die ausschließliche Entscheidungskompetenz des Hauptvorstands der GEW-Bund in Sachen Unvereinbarkeitsbeschlüsse ab (3). Sie kritisierten, daß an den Nahtstellen zwischen Landes- und Bundesorganisation die stringente demokratische Verbindung von unten nach oben fehlte und plädierten für die satzungsmäßige Verankerung der Wahl der Delegierten der Bundesvertreterversammlung durch Landesvertreterversammlungen. Die Berliner Delegierten verlangten weiterhin die Beibehaltung der Kompetenz von Landesverbänden, über Warnstreiks und die Urabstimmung zu Warnstreiks selbst zu entscheiden (Begründung: föderale Struktur der Bildungspolitik).

Frister ging es bei seinem Votum gegen die Änderungsvorschläge zum einen wohl um die Integration der stärker rechts stehenden Landesverbände, denen man nicht aufzwingen wollte, die Aufstellung ihrer Delegierten für Bundesvertreterversammlungen in durch die Bundessatzung festgelegter Weise vorzunehmen, zum anderen aber auch um politische Disziplinierungsmittel gegenüber den eher links stehenden Verbänden. Obwohl zuvor angekündigt war, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ständen nicht auf der Tagesordnung, wurden sie in eine Bekräftigungsadresse verpackt und dieser Antrag undiskutiert innerhalb von 15 Minuten durchgepackt. Die Berliner Delegierten waren nicht darauf eingestellt und in der Lage, Mehrheiten für ihre Position zu gewinnen. So kam es zur Ablehnung der Form der Zentralisierung durch den Landesverband Berlin. Der Landesverband Berlin setzte sich in der folgenden Zeit für eine satzungsgemäße Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein.

3 In der geltenden Bundessatzung heißt es: „Bei Verstoß gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse entscheidet der Hauptvorstand auf Antrag einer regional zuständigen Gliederung der GEW oder des Bundesvorstands des DGB oder eines Mitglieds des Hauptvorstands.“

Herbst 1974

Die GEW Berlin versucht, einen eintägigen Warnstreik zu organisieren, um der Forderung nach Angleichung der Lehrerarbeitszeit an die des öffentlichen Dienstes Nachdruck zu verleihen. Schon unter dem alten Vorstand waren Arbeitszeitverkürzungen auf dem Verhandlungswege erreicht worden, aber kampflös war angesichts der veränderten ökonomischen Situation jetzt nichts mehr zu holen. Mit dem geplanten Streik steht die erste schwere Auseinandersetzung innerhalb der Organisation auf der Tagesordnung. Gegenstand der Auseinandersetzung: Das Streikrecht für Beamte. Schulsenat und Schulaufsichtsbehörde stellen sich gegen den Streik. Der Berliner DGB-Vorsitzende Sickert distanziert sich. Die Urabstimmung findet unter z.T. schwierigen Bedingungen statt: Es gibt Überwachungen von Schulen durch die Polizei, die Urabstimmung darf nicht am Arbeitsplatz erfolgen, Durchsuchung von Diensträumen kommt vor, Androhungen von Disziplinarmaßnahmen. Hinzu kommt eine umfangreiche Pressekampagne gegen den Streikversuch. Entgegen der sicheren Erwartung des Berliner Vorstands erhält die Urabstimmung nicht die erforderliche Mehrheit. Nur 42 % der Kollegen stimmen für Streik. Daraufhin entzieht der Bundesvorsitzende der GEW, Frister, der Berliner GEW seine Unterstützung.

In den folgenden Monaten wird von seiten der senatsfriedlich orientierten Fraktion die GEW gleich zweimal gespalten. Eine „Unabhängige Gewerkschaftsgruppe für Lehrer und Erzieher“ tritt aus und trompetet außerhalb des Verbands gegen die „kommunistische Unterwanderung“. (Mitglieder z. B. Schulsenator Löffler, Bezirksschulräte etc.) Innerhalb der GEW-Berlin bildet sich eine „Initiative demokratische GEW“, die das gleiche tut.

Winter 1974/75

Auf einer Vertreterversammlung der Berliner GEW im Dezember 1974 wird eine Resolution verabschiedet, die u. a. mit der Forderung nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystem eine harte Kritik an der mangelnden Verwirklichung und der mangelnden Reichweite der Bildungsreform an den Schulen formuliert. Eine Gegenresolution des Inhalts: „Die Bildungspolitik des Senats von Berlin hat dem Land Berlin unter den Ländern der Bundesrepublik eine führende Position verschafft“ wird abgelehnt. Sie war von Frister und der senatsloyalen Fraktion eingebracht worden, wahrscheinlich mit unterschiedlichen Gründen. Frister braucht das Berliner Beispiel, um damit in Ländern der BRD Politik machen zu können. Die senatsloyale Fraktion zielte auf die bevorstehenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus. Mit der Forderung der GEW-Berlin nach sofortiger Senkung der Klassenfrequenzen auf 25 Schüler fühlt sich die SPD während des Landeswahlkampfes durch die GEW unter Druck gesetzt. Die Mehrheit der Kollegen interessiert sich demgegenüber nicht für den Wahlkampf, sondern für die richtige Forderung. Die SPD argumentiert: Die GEW wolle mit ihren unmöglichen Forderungen den Staat kaputt machen. Die Forderung sei nur aufgestellt, um die Reformunfähigkeit zu erweisen, und natürlich: die SEW stünde dahinter. Die Berliner SPD droht damit, ihre Mitglieder zum Austritt aus der GEW aufzufordern. Frister wendet sich daraufhin an die Berliner Partei und schreibt u. a.: „Der Vorgang in der GEW Berlin ist nicht nur eine Berliner Angelegenheit. Demzu-

folge bereite ich, ausgehend von den in Mainz erreichten Satzungsänderungen und den anderen Beschlüssen ein Eingreifen der Bundesorganisation vor.“ (4) Daraufhin beschließt der Landesvorstand der Berliner SPD: „Der SPD-Bundesvorstand wird aufgefordert, unverzüglich auf den Vorstand des DGB einzuwirken, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf die DKP und in Berlin auf die SEW auszuweiten. Der Landesvorstand fordert die sozialdemokratischen Mitglieder in den Gewerkschaften auf, diese Bestrebungen aktiv zu unterstützen.“ (5)

Frister wendet sich gegen diejenigen in der SPD organisierten Kollegen, „die sich an der Volksfrontmehrheit in der Berliner Vertreterversammlung der GEW“ beteiligt haben. Der Hauptausschuß der GEW Bund beschließt – einmalig in den westdeutschen und Westberliner Gewerkschaften – die im Sozialistischen Lehrerbund organisierten SEW-nahen Kollegen des gewerkschaftsschädigenden Verhaltens zu bezichtigen und den SLB auszuschließen. Daraufhin löst sich dieser auf (6).

Für den März 1975 wird eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung nach Köln einberufen, auf welcher „eine Präzisierung und Vereinheitlichung der Satzung“ (7) vorgenommen wird. Durch Klagen in anderen Bundesländern und Gerichtsurteile in einzelnen Bundesländern war festgestellt worden, daß die Landesvertreterversammlungen je gesondert die neue Satzung übernehmen müssen. Die „Vertreterversammlung beauftragt den Hauptvorstand, gegen Landesverbände vorzugehen, die innerhalb der Frist die Angleichung nicht vollziehen“ (7). Von seiten der

- 4 Frister, Brief vom 16.12.1974 in: Berliner Lehrerzeitung (BLZ) 1/73, S. 3 f. In der von einer ‚Gruppe Sozialistischer Dozenten‘ im Februar 1975 herausgegebenen Broschüre: „GEW, Einheitsgewerkschaft oder sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft“ findet sich eine umfangreiche Darstellung und Dokumentation des hier nur kurz skizzierten Konflikts.
- 5 BLZ, a.a.O., S. 4
- 6 Obwohl z. T. in der historischen Darstellung sachlich falsch, kennzeichnet das folgende Zitat des Verfassungsschützers Nollau doch die in SPD-Kreisen verbreitete Einschätzung der Funktion der Satzungsvereinheitlichung:
„Bei der Abwehr des Einflusses ‚extremer‘ Kommunisten steht der GEW immerhin der ‚Unvereinbarkeitsbeschuß‘ des DGB zur Seite, der es gestattet, gegen DGB-Mitglieder wegen gleichzeitiger Mitgliedschaft bei Organisationen der äußersten Linken (KPD, KBW) vorzugehen. Gegenüber Mitgliedern der orthodox kommunistischen DKP und SEW versagt dieser Beschuß jedoch. Auch die orthodoxen Kommunisten bedrohen aber die demokratische Entwicklung in der GEW. Das zeigte sich in ihrem Berliner Landesverband, wo sich die kommunistischen Lehrer in dem der SEW nahestehenden sozialistischen Lehrerbund Berlin (SLB) organisiert hatten und die Aufhebung des ‚Unvereinbarkeitsbeschlusses‘ anstrebten. Deswegen traten dort im Dezember 1974 der Schulsenator Löffler und andere Sozialdemokraten aus der GEW aus. Für den Bundesgewerkschaftsvorsitzenden Erich Frister war das ein Alarmsignal. Er gewann den GEW-Hauptausschuß dafür, zum 8. März 75 nach Köln eine Bundesvertreterversammlung einzuberufen, auf der beschlossen werden sollte, Extremisten ohne langwierige Schiedsverfahren auszuschließen. Zum Teil hat Frister sein Ziel erreicht. Nach der am 8. März angenommenen Satzungsänderung können Mitglieder von NPD sowie KPD/ML, KPD und KBW durch den Hauptausschuß der GEW ausgeschlossen werden, DKP- und SEW-Mitglieder werden ausgeschlossen, wenn sie sich gewerkschaftsschädigend verhalten, z. B. versuchen, die GEW in den Dienst der von ihnen angestrebten Aktionsbündnisse zu stellen. Auch die GEW-Wahlordnung ist geändert worden. Neben der Stimmabgabe auf der Wahlversammlung ist künftig die Wahl an zwei auf die Versammlung folgenden Tagen zulässig.“
- 7 E. Frister, in: 12 Antworten . . . , a.a.O.

Berliner Kollegen gibt es wiederum starken Widerstand gegen die neue Klausel, der Landesverband akzeptiere die Bundessatzung „in ihrer jeweils geltenden Fassung“. Aufgrund der inzwischen gemachten Erfahrungen über die politische Funktion der Zentralisierung wird von den linken Verbänden hier ein mögliches uneingeschränktes Eingriffsrecht in die Landesverbände befürchtet.

Darüber hinaus beschließt die Bundesvertreterversammlung für die gesamte GEW ein Briefwahlverfahren, das auch den auf Mitgliederversammlungen nicht anwesenden Mitgliedern, der oft beschworenen schweigenden Mehrheit, die Stimmabgabe ermöglichen sollte.

Im Landesverband Berlin wurden sodann auf Druck der Gewerkschaftsrechten hin durch Satzungsänderungen Neuwahlen durchgesetzt. Entgegen allen Prognosen bestätigten die nach dem neuen Briefwahlverfahren durchgeführten Neuwahlen den Kujawavorstand und damit seine Politik.

Sommer/Herbst 1975

Unter der Androhung des Ausschlusses übernimmt die Berliner GEW die Bundessatzung samt Unvereinbarkeitsbeschlüssen in einem zweiten Anlauf. Das erste Mal war die 2/3-Mehrheit nicht zustande gekommen. Die Kollegen der rechten „Initiative“ stimmten gegen die Übernahme, um durch Verhinderung der Satzungsübernahme endlich die schon lange betriebene Spaltung herbeizuführen. Sie treten nach der Satzungsübernahme aus der Berliner GEW aus und einige von ihnen erhalten – entgegen Absprachen zwischen Frister und dem Berliner Vorstand – einen Sonderstatus als „fördernde Mitglieder“ (FÖMIS) in der GEW-Bund.

Winter 1975/76 und Sommer 1976

Nachdem in Hamburg gewisse Autonomierechte des Landesverbands bei der Übernahme der Bundessatzung erreicht wurden, beginnt sich der schon lange schwelende Konflikt zwischen den linken Gruppierungen innerhalb der Berliner GEW (Unabhängige Linke auf der einen Seite; ein anderer Teil der unabhängigen Sozialisten, SEW-nahe und linke SPD-Kollegen auf der anderen Seite) zuzuspitzen. Bei der Abwahl des rechten Vorstands hatte der neue Vorstand erklärt: „Die Konsequenz jeder Gewerkschaftsopposition ist die Spaltung. Deshalb muß jede Gewerkschaftsopposition von allen Mitglieder bekämpft werden.“ (8) Diesen Kampf gegen die nach rechts abgespaltenen Gruppen nicht konsequent geführt zu haben, durch Beschwörung zur Einheit und zur Sacharbeit ersetzt zu haben, den Versuch zur Integration der Rechten, die vor allem von der Arbeitgeberfraktion angeführt wird und über antikommunistische Mobilisierung auch einen Teil der Lehrerkollegen für sich gewinnt, gemacht zu haben, dies wird dem Kujawa-Vorstand jetzt vorgeworfen. Zudem kommt angesichts des Hamburger Erfolgs der Vorwurf, eine zu defensive Politik in der Satzungsfrage betrieben zu haben. Von einem Teil der Unabhängigen Linken wird, ohne politische Diskussion mit den Kollegen in den Betriebsgruppen und Bezirken, eine Klage gegen die Satzungsübernahme eingereicht, die eine Neuaufnahme der Diskussion um die

8 BLZ, 5/74, S. 1

Satzungsübernahme und eine Erweiterung der Autonomie des Landesverbandes zum Zweck haben soll. Das Gericht gibt den Klägern Recht mit dem politischen Resultat, daß der Hauptvorstand auf der Basis des Urteils nun eine Übernahme der Satzung mit 75 % der Stimmen fordert. In einer Vertreterversammlung im August 1976 fehlen 12 Stimmen für eine Satzungsübernahme in der inzwischen zugestandenen Hamburger Fassung. Ein Teil der Unabhängigen Linken hatte auf ein Minderheitsvotum gegen die Satzungsübernahme hin agiert. Daraufhin: Kündigung der GEW-Berlin durch den Hauptvorstand der GEW-Bund. Die Mitglieder erhalten ein Aufnahmeformular, welches für die Berliner Lehrer eine Sonderbehandlung vorsieht: Ehemalige SLB-Kollegen sollen nicht in die neue, vom Bund her organisierte GEW aufgenommen werden; ebenso solche Kollegen, die sich gegen die Satzungsübernahme ausgesprochen hatten. Daraufhin entstehen in den Mitgliederversammlungen der Bezirke breite Voten gegen den Eintritt in den neuen Verband, bzw. für Aufhebung der Sonderbehandlung der Berliner Kollegen.

Herbst/Winter 1976/77

Durch eine von zwei GEW-Mitgliedern eingereichte einstweilige Verfügung wird der Aufbau des neuen Verbands gestoppt. Inzwischen bahnt sich eine, die verschiedenen linken Strömungen innerhalb des Berliner Verbands integrierende Kompromißlösung für die Satzungsübernahme an, die in Bezug auf die Mitgliedschaft dem Berliner Landesverband noch wichtige Autonomierechte sichern sollte. Auf einer Vertreterversammlung im November 1976 wird die Bundessatzung mit ca. 80 % der Stimmen erneut übernommen, wobei zu den Vorbehalten gegenüber der Generalklausel in Sachen Organbestellung und Finanzautonomie (Hamburger Fassung) noch die Konstruktion einer Doppelmitgliedschaft kommt. Diese Form der Satzungsübernahme wird vom Hauptausschuß der GEW-Bund zunächst als nicht satzungskonform kritisiert (im DGB ist eine einheitliche Mitgliedschaft üblich), aber noch nicht endgültig über Annahme oder Ablehnung entschieden. Nachdem das Berliner Landgericht im Januar die Klage gegen die Kündigung des Berliner Verbands und die Neugründung negativ bescheidet, wird eine Woche später in Berlin der neue Verband aus der Taufe gehoben, wobei der Vorstand sich zu Teilen aus der Rechtsabspaltung der Fördernden Mitglieder rekrutiert. Obwohl auf der Vertreterversammlung am 23. Februar 1977 klar ist, daß sich die Mitgliedschaft des alten Verbands im DGB und im Bundesverband kaum mehr juristisch wird einklagen lassen, entscheidet sich – entgegen allen früheren Versicherungen auf jeden Fall im DGB bleiben zu wollen – nahezu die Hälfte der Delegierten gegen die Auflösung des alten Berliner Landesverbandes, und eine starke Minderheit befürwortet die Weiterführung eines selbständigen Lehrerverbands außerhalb des DGB. Damit ist die organisatorische Aufspaltung der Berliner GEW-Linken auf zwei unterschiedliche Verbände zunächst gelaufen.

III. Interpretation des Konflikts

Versuche zur Gewerkschaftsspaltung und blindwütiger Antikommunismus sind kei-

ne speziellen Mittel der Berliner GEW-Rechten beim Versuch, ihre Machtposition im Falle der Gefährdung durch linke Mehrheiten zu halten. Vor allem in Hamburg gibt es ähnliches. Für Berlin eigentümlich ist die Zuspitzung des Konflikts bis zur Aufspaltung zwischen den linken Gruppierungen auf zwei Verbände und damit zum Verlust der unabdingbaren Aktionsbasis für die Entwicklung einer Politik, die in der Lage ist, Durchsetzungsstrategien unabhängig von dem existierenden oder nicht existierenden Einverständnis der jeweiligen sozialdemokratischen oder sozialliberalen Landesregierungen herauszuarbeiten. Worin liegen also die Momente der Aufspaltung der GEW, wo die Bedingungen einer Politik, die der Aufspaltung entgegenwirkt, ohne dabei den rechten Kräften in der GEW die Position zu überlassen? Wie sehen überhaupt gegenwärtig die Kräfteverhältnisse aus, innerhalb derer agiert werden muß?

Bei der Analyse der Aufspaltung der GEW sind mehrere Ebenen zu berücksichtigen und begrifflich auseinanderzuhalten, wenn sie auch im historischen Entwicklungsprozeß der GEW ineinandergehen. Zum ersten die Differenzierung zwischen den Lehrern als „Arbeitnehmern“ und der Schulbürokratie als „Arbeitgebern“. Dann die Differenzierung zwischen den Lehrern der unterschiedlichen, ja nach wie vor hierarchisch gegliederten Typen von Unterrichtsanstalten, von den Kindertagesstätten über Grundschulen bis hin zur Universität, verbunden mit unterschiedlicher Ausbildung, sozialem Status und Arbeitsprozeß. Zum dritten die unterschiedliche gewerkschaftliche und politische Sozialisation der verschiedenen Lehrergenerationen. Schließlich muß gefragt werden, welche Interessen es sind, die sich da gewerkschaftlich organisieren, wie groß der Zwang zur gewerkschaftlichen Organisation überhaupt ist und damit der äußere Druck zur Gewerkschaftseinheit und zur gewerkschaftlichen Aktivität und Solidarität bei Lehrern.

Die folgende Darstellung bezieht sich wesentlich auf die Berliner Erfahrungen: SPD-Regierung + Studentenrevolte. In CDU-regierten Bundesländern finden sich mit Sicherheit strukturell andere Prozesse und Resultate, Unterschiede in gewerkschaftlichen und politischen Entwicklungen der Lehrerschaft, die mit den Konflikten in der Schulentwicklung schließlich in einem Wechselverhältnis stehen. Die politische Bewußtmachung dieser Unterschiede zwischen den Bundesländern und ihre Analyse wäre ein wichtiger Schritt, um von dem fragwürdigen Berlin-Zentrismus der Berliner GEW-Kollegen wegzukommen, um die rein personalisierende Betrachtung der Bundespolitik zu überwinden und zu einer Einschätzung des durch eine fortschrittliche GEW-Politik gegenwärtig Machbaren zu gelangen. Die Kräfteverhältnisse in der GEW-Bund sind schließlich nicht allein durch einige Gewerkschaftsführer, sondern wesentlich auch durch das Bewußtsein der Mehrheit der Kollegen bestimmt. Es ist weiterhin dann zu fragen, wie weit sich trotz unterschiedlicher Bildungspolitik progressiv gleiche Erfahrungen für die Lehrer in den unterschiedlichen Bundesländern ergeben, die auch die Basis einer immer noch weiter zu entwickelnden gemeinsamen Politik sein können. Doch dieser Komplex ist nicht der eigentliche Gegenstand des Artikels.

1. *Warum organisieren sich Lehrer in der GEW: Unterschiedliche Momente in der politischen Sozialisation der GEW-Mitglieder und Funktionäre*

Differenzierungen innerhalb der GEW waren solange relativ gering, solange die GEW als Verband der Volksschullehrer im wesentlichen um die Aufhebung der Unterprivilegierung gegenüber den Gymnasiallehrern focht und sich dabei zunehmend den bildungsreformerischen Bestrebungen der 60er Jahre in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern öffnete und diese auch mit trug. Mit der Zielsetzung Gesamtschule konnten die Volksschullehrer zusammen mit der Aufhebung ihrer Unterprivilegierung gegenüber den Gymnasiallehrern auch die Aufhebung der Unterprivilegierung der Arbeiterkinder propagieren und als ihr eigenes Ziel erklären. So verbanden sich die materiellen und statusorientierten Interessen der Volksschullehrer mit den bildungspolitischen Bestrebungen der Sozialdemokratie (im Unterschied zur CDU) zur Entwicklung von Gesamtschulen, zur Aufhebung der alten dreigliedrigen Klassenschule. Für diese Lehrer ergab sich ein zunächst fortschrittlich harmonisches Gesamtbild der Gesellschaft. Individuelle bzw. Gruppenaufstiegsinteressen ließen sich bruchlos mit dem propagierten bildungspolitischen Ziel der Herstellung von Chancengleichheit durch die herrschenden politischen Parteien (SPD und FDP) verbinden. Die Bildungspolitik dieser Parteien schien wiederum mit den Interessen des westdeutschen Kapitals an dauerhaftem „Wachstum“ und an der Erhaltung seiner Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt durch sowohl breite als auch hohe Qualifikation der Arbeitskräfte übereinzustimmen. Die Fronten, gegen die die Lehrer kämpften, waren veraltete, reaktionäre Strukturen, die es eben in einem *allgemeinen* Fortschrittsinteresse zu reformieren galt. Es muß in Erinnerung gehalten werden, daß von großer gewerkschaftlicher „Basisaktivität“ damals kaum gesprochen werden konnte. Eine solche Aktivität war auch nicht nötig, schließlich besorgte die SPD die Politik der GEW. Aufgrund der scheinbaren Identität einer fortschrittlichen Bildungspolitik mit den ökonomischen Interessen und darüber vermittelt mit denen der Sozialdemokratie läßt sich auch erklären, wieso diejenigen Kollegen, die in den 60er Jahren aktive Gewerkschaftsarbeit leisteten, oft gleichzeitig eine Karriere in der Schulbürokratie machten, die sie wiederum als einen Aufstieg zu Machtpositionen begreifen konnten, von denen aus ihnen die Durchsetzung einer fortschrittlichen Schulpolitik gegenüber reaktionären Schulbeamten möglich wurde, und zwar vor allem mit Hilfe der Sozialdemokratie als Regierungspartei. Der hier beschriebene politische Sozialisationsprozeß gilt sicherlich für große Teile der an der SPD orientierten aktiven Gewerkschafter in der GEW. Die ersten Gymnasiallehrer hatten sich, vermittelt über fortschrittliche bildungspolitische Zielsetzungen, in den 60er Jahren in die GEW integriert, was die politische Differenzierung in den Kollegien der Gymnasien, wo jetzt GEW und Philologenverband gegeneinanderstanden, verdeutlichte. Im Unterschied zwischen GEW-Mitgliedern und Philologenverband-Mitgliedern präsentierte sich gleichzeitig der zwischen dem von der Sozialdemokratie vertretenem Prinzip: bestmögliche Förderung aller Schüler, insbesondere derjenigen aus nicht privilegierten sozialen Schichten, gegenüber dem vom Philologenverband propagierten Prinzip: Auslese der leistungsstarken, sozialprivilegierten Schüler. In die Richtung der Aufhebung dieses Bildungsprivilegs wirkte im Effekt und natürlich auch in ihren Vorstellungen sozialer Gleichheit die

Studentenrevolte, wenn sie auch noch zum Teil durch das alte Privilegierungsversprechen in ihrem Charakter geprägt war. Die Gymnasiallehrer, aber auch die neue Generation der Grundschullehrer innerhalb der GEW, sind demnach dadurch geprägt, daß es für sie weniger unmittelbar materielle Interessen waren, die Anlaß zur GEW-Organisierung gaben, sondern zum einen bildungspolitische Motivationen, zum anderen, aber das liegt auf der gleichen Linie, politische Motivationen, die aus den Einsichten der Studentenbewegung kamen. Durch den zunächst noch ideologischen Bruch mit herrschenden Normen und Theorien hatte sich eine Lebensperspektive für die Studenten entwickelt, die weniger auf sozialen Aufstieg, denn auf sinnvolle, gesellschaftlich nützliche, d. h. auch im Interesse der Lohnabhängigen liegende konkrete Berufsarbeit gerichtet war. Das unmittelbar materielle Eigeninteresse wurde aufgrund der veränderten sozialen Normen, die sich in der Studentenrevolte gebildet und gerade im kulturellen Milieu der Linken innerhalb der großen Städte sich erhalten hatten, demgegenüber vergleichsweise geringer geachtet. Bildungspolitische und materielle Interessen der Lehrer verbanden sich zunehmend über den Punkt der Arbeitsbedingungen.

In dem Maße, wie die Arbeiterbewegung sich gar nicht interessiert zeigte an den neu entwickelten fortschrittlichen Interessen der Intelligenz, entwickelte sich allerdings das Problem, daß der Bruch mit den herrschenden Ideologien wesentlich auf der moralischen Integrität des denkenden Individuums beruhte. Insofern diese Intelligenz sich nicht in den Zusammenhänge einer um langfristige gesellschaftliche Ziele kämpfenden Arbeiterbewegung stellen konnte, weil eine solche eben nicht existierte; insofern sie zum zweiten ihre fortschrittlichen Positionen nicht im Kampf um die Sicherung der materiellen Existenz gewonnen hatte, erfährt sie die Integrität ihres moralischen Bewußtseins als eine entscheidende politische Handlungsbasis. Dies zumal in einer Zeit, wo sozialistisches Bewußtsein durch Bedrohung der materiellen Existenz (Berufsverbote) geahndet werden kann und wo die gewerkschaftlichen Unvereinbarkeitsbeschlüsse den organisierten Schutz vor politischer Disziplinierung erschweren.

Wir finden also in der GEW – und in den Stadtstaaten wie Berlin und Hamburg mit sehr tiefgreifender Wirkung der Studentenrevolte im besonderen Maße – viele Kollegen mit einem Bewußtsein, das weit vom alten ständischen Bewußtsein entfernt ist, das sich politisch auch eher in sozialistische Richtung formuliert, als in den anderen DGB-Gewerkschaften. Andererseits stehen die Lehrer und die Lehrgewerkschaft mit ihnen aufgrund des beamtenrechtlichen Status nicht in Tarifaueinandersetzungen. Die Gehaltserhöhungen werden quasi von der ÖTV ausgehandelt und zu diesem Zweck braucht man keine zentrale Organisation und auch keine breite Konsensbildung, auf deren Basis man möglicherweise kämpfen müßte. Arbeitszeitprobleme und Arbeitsbedingungen bilden zwar die Grundlage der Verbindung von materieller Interessenwahrnehmung und bildungspolitischer Zielsetzung in den Lehrgewerkschaften, doch bei vielen jungen Kollegen beschränken sich Erfahrungen vom Erfolg von Auseinandersetzungen – z. B. gegen Klassenzusammenlegungen – auf die Schulebene. Erfahrungen von der Notwendigkeit einer umfassenderen Organisation als einem Mittel zur erfolgreichen Abwehr von Verschlechterungen oder gar zur Verbes-

serung der eigenen Situation sind angesichts der Stagnation der Bildungsreform kaum gemacht worden. Die breite Entwicklung gewerkschaftlicher Organisationsvorstellungen steht also noch an, sowohl bei der neuen Lehrergeneration, erst recht aber bei der aus der Bildungsreformphase der Sozialdemokratie stammenden Generation, die aufgrund der gesellschaftlichen Priorität von Bildungsreform und der materiellen Verbesserung der Lehrersituation durch Besoldungsgesetze in der Phase der 60er und 70er Jahre nicht zu kämpferischer Interessenwahrnehmung gezwungen war.

Aber auch der Zusammenhang von Lehrgewerkschaft und Industriegewerkschaften als notwendiger Solidaritätszusammenhang konnte bisher noch nicht zur Erfahrung werden. Bildungspolitische Forderungen werden vom DGB zwar erhoben, sie sind aber nicht tagtäglicher Gegenstand von Auseinandersetzungen in den Industriegewerkschaften. So haben die Lehrer, und dies gilt bei dem im Vergleich zum Bund sehr stark rechts stehenden Berliner DGB insbesondere, nicht die Erfahrung gemacht, daß der Zusammenhang zwischen den einzelnen Gewerkschaften eine Stärkung ihrer eigenen Position gegenüber dem staatlichen Arbeitgeber bedeuten kann.

Versuchen wir auf diesem Hintergrund die Spaltungstendenzen innerhalb der Berliner Lehrgewerkschaft zu untersuchen. Wichtig ist dabei die Tatsache einer veränderten objektiven Situation der Bildungspolitik und des gesamten Bildungssektors gegenüber der zweiten Hälfte der 60er und dem Beginn der 70er Jahre. Die Stagnation bildungsreformerischer Aktionen, die Rücknahme bestimmter demokratischer Formen in den Schulen, die politische Disziplinierung auch durch die Sozialdemokratie: all diese Momente bilden zusammen den Hintergrund für die Entstehung von innergewerkschaftlichen Konfrontationen unter den gegebenen Bedingungen der Zusammensetzung und der Interessen innerhalb der Lehrgewerkschaft. Differenzieren wir nach der politischen Sozialisation der aktiven GEW-Mitglieder vor dem Linksrutsch, so ist zu berücksichtigen, daß viele der heute auf der „Rechten“ stehenden Sozialdemokraten im Zuge der ersten Reformphase in die Schulbürokratie aufgestiegen waren, zusammen mit der SPD Reformpolitik auf dem Dienstweg betrieben hatten und nun die Kritik an der von der SPD getragenen Stagnation und Rücknahme von Reformen als Angriff auf ihre eigene Position und die Resultate ihrer eigenen Arbeit erfuhren – eine Arbeit, die sie noch kurz zuvor als Teil einer gegenüber den berufsständischen Traditionen fortschrittlichen Gewerkschaftspolitik im Bildungssektor begreifen konnten. In der Situation der Reformrücknahme bewegte sich ein Teil der ehemaligen Reformer nach rechts. Sie gerieten in Konfrontation mit den jüngeren Kollegen, die diese Stagnation mit verstärkter Aktivität und Organisierung in den Schulen beantworteten und eine Beschränkung von Gewerkschaftspolitik auf den freundlichen Kontakt mit dem Dienstherrn ablehnten. Da sie diesen Gewerkschaftslinken ihre Politik auf dem Dienstweg nicht mehr mit inhaltlichen gewerkschaftspolitischen Argumenten glaubwürdig machen und keine Perspektive der weiteren Arbeit unter Berücksichtigung der bildungspolitischen Interessen und der Interessen um Verbesserung bzw. gegen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bei den Lehrern angeben konnten, aktualisierten sie ihre antikommunistische Phobie, was ihnen hinwiederum durch die Verbalradikalismen der GEW-Linken nur erleichtert wurde. Die eigene Erfolglosigkeit wurde von ihnen als Resultat des Verlusts der Re-

spektabilität der GEW angesichts „kommunistischer Unterwanderung“ erklärt. So wurden für diese Kollegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und ihre Ausdehnung auf die SEW zu einem Kernpunkt von Gewerkschaftspolitik. Antikommunismus war aber nicht nur der Ausweg für Teile der reformerischen Schulbürokratie. Auch ein Teil der Kollegen, die weniger aus gewerkschaftlicher Überzeugung denn aus Karrieregründen in die GEW gegangen waren, konnte mit der Konzeption einer aktiven Gewerkschaftspolitik nichts anfangen. Angesichts von Numerus clausus und sich abzeichnender Akademikerarbeitslosigkeit erlitt zudem die Reformfreudigkeit von Gymnasiallehrern, die schließlich ihren Kindern traditionell nichts als das Bildungsprivileg zu vererben hatten, Rückschläge. Aber auch reformfreudige Kollegen, die mit Erstaunen feststellten, daß sie plötzlich auf den Widerstand des Dienstherrn stießen, konnten sich nicht so schnell entschließen, mit diesem Dienstherrn in Konfrontation zu gehen. Dies widersprach ihrem tradierten Beamtenbewußtsein. Die zum Teil gewerkschaftliche unerfahrenen, wenig geduldigen Gewerkschaftslinken drängten auch solche Kollegen dann oft in die rechte Ecke.

Die Stagnation der Bildungsreform wurde von einem anderen Teil der sozialdemokratischen Reformen demgegenüber in fortschrittlicher Richtung verarbeitet. Hielten sie an den in den 60er Jahren entwickelten Kriterien gesellschaftlichen Fortschritts fest, so wurden sie auf die Notwendigkeit der Entwicklung einer kämpferischen Verteidigung erreichter Positionen verwiesen, die sich nicht abhängig macht von den jeweiligen Konjunkturen und Krisen des Kapitals, sondern beginnt, eigenständig gegenüber der Kapitalbewegung die gesellschaftlichen Interessen zu formulieren, auch unabhängig von der und gegen die SPD-Regierungspolitik. So kann die Erfahrung, daß Reformpolitik, gemacht auf dem Dienstwege, ihre Grenze in der Kapitalbewegung findet, produktiv gewendet werden und dabei an Traditionen innerhalb der linken Sozialdemokratie anknüpfen. Schließlich propagierten die Jusos ja einmal die Doppelstrategie, in welcher die Mobilisierung der „Basis“ als Mittel der Politik eine entscheidende Rolle spielte. Zudem gab es in den sozialdemokratischen Reformvorstellungen nicht nur eine sozial-liberale (Chancengleichheit), sondern auch eine egalitäre Strömung, die sich jetzt mit den ideologischen und gewerkschaftspolitischen Vorstellungen aus der Studentenbewegung partiell verbinden konnte, zumal ein Teil dieser Reformen auch selbst aus der Studentenbewegung kam. Die Trennungslinie zwischen ihnen und den nach rechts geschwenkten ehemaligen Reformern zeigte sich in der Frage der neu zu entwickelnden gewerkschaftlichen Kampfformen.

2. *Der gescheiterte Streikversuch von 1974*

Die Stellung zum Streik als eines – vom guten Willen des Arbeitsgebers unabhängigen – Kampfmittels zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele im öffentlichen Dienst bildet eine Scheidelinie innerhalb der Sozialdemokratie und war nicht zufällig der Punkt, über den die Auseinandersetzung innerhalb der Berliner GEW begann und die spätere Abspaltung des Arbeitgeberflügels vermittelt war. Bezüglich der Frage Streik als Mittel gewerkschaftlicher Politik traf sich nun das Selbstverständnis der

nach links gehenden Reformergeneration mit der über die Studentenrevolte neu politisierten Generation junger Lehrer. Andererseits traf sich hier das Selbstverständnis eines Teils der sozialdemokratisch bildungsreformerischen Schulbürokratie mit den alten ständischen Relikten im Lehrerbewußtsein. Die Niederlage der Berliner GEW in der Urabstimmung 1974 zeigt allerdings, daß ein breit vorhandener fortschrittlicher Wille allein noch nicht hinreicht, um einen Beamtenstreik zu organisieren. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung war propagiert worden, ohne eine gründliche Rückkoppelung mit der Masse der weniger aktiven Lehrer über die Frage, wie weit das Arbeitszeitproblem für sie dringend sei, ob eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung überhaupt die differenzierten Probleme in den Schulen beantwortete etc., in Angriff zu nehmen. Die Basis wurde eben „mobilisiert“ zu einem von den Funktionärsgruppen der Gewerkschaft zuvor formulierten Ziel, nämlich Angleichung der Lehrerarbeitszeit an die des öffentlichen Dienstes. Es war quasi eine Prestigefrage der GEW, wie weit sie dieses Ziel durchzusetzen in der Lage war, und die Berliner GEW als damals bestorganisierte sollte auch, so wurde von der Bundes-GEW darüber gedacht, vortreten. Die Bundesorganisation konnte hier nur siegen: Scheiterte der Streik, war das Schuld der ungeliebten Berliner Linken, hatte er Erfolg, war es auch der der GEW-Bund. Obwohl breite Teile über die Studentenrevolte politisch sozialisierter junger Lehrer ihr Selbstverständnis über den Begriff Basisdemokratie bezogen und beziehen, und „Basisdemokratie“ meint etwas anderes als „Mobilisierung der Basis“, pochte auch diese sich avantgardistisch fühlende neue Linke nicht darauf, dem Streik einen breit angelegten Diskussionsprozeß bei den Massen der Kollegen vorausgehen zu lassen, innerhalb dessen diese in der Lage gewesen wären, ihre spezifischen Forderungen zu formulieren und innerhalb dessen die Bedenken gegen einen Beamtenstreik hätten aus dem Weg geräumt werden können. Aus Einsicht in dieses Versäumnis wurde zwar eine Vertrauensleutekonferenz einberufen, die allerdings zu diesem Zeitpunkt nur noch Akklamationsfunktion haben und keine verbindlichen Entscheidungen mehr treffen konnte.

In der Studentenrevolte war propagiert worden, die aktiven Studenten, die Vollversammlung entscheiden über Streik oder nicht Streik. Die sogenannten „grauen Mäuse“ sollten halt bleiben, wo der Pfeffer wächst. Urabstimmungen wurden z.T. strikt abgelehnt. Abstimmen könne nur, wer sich mit den Argumenten für und gegen auseinandergesetzt habe. Auf diesem politischen Erfahrungshintergrund erschien die Strategie, einen Streik einfach zu propagieren, zumal ja in Fragen breiter demokratischer Rückkoppelung von Streikinhalten von den Industriegewerkschaften auch nicht so viel zu lernen war, als unproblematisch.

Nun war es auch vom damaligen organisatorischen Zustand der GEW her kein Zufall, daß der Streik nicht umfassend bei den Kollegen und auch nicht bei den Eltern und Schülern verankert wurde. Die traditionelle Politik hatte schließlich keine gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen hervorgebracht, die dies überhaupt möglich gemacht hätten. Betriebsgruppen gab es noch wenige, Entscheidungsgremium war und ist, auch heute übrigens noch, die Mitgliederversammlung auf Bezirksebene, wo eben die „aktiven Kollegen“ erscheinen. Noch in einer Broschüre, die die „Klägerversammlung ‚demokratischer Prozeß‘“ herausgegeben hat, und in welcher der Prozeß gegen

die Satzungsübernahme von dieser Gruppe begründet wurde, ist bezeichnenderweise immer nur von den „aktiven Kollegen“ als einzigem Maßstab und verbindlichem Entscheidungsträger von Gewerkschaftspolitik die Rede. Wie man dazu kommt, womöglich die Inaktiven zu aktivieren, diese Frage wird von vornherein gar nicht gestellt.

Die mangelnde inhaltliche Konsensbildung über den Streik in den Schulen ermöglichte es dem Arbeitgeber, die Form (nämlich Streik) und den Inhalt (Kampf um Arbeitszeitverkürzung) voneinander zu trennen, so daß die Auseinandersetzung zu einer um das Streikrecht der Beamten überhaupt sich verselbständigte. Aber auch in der GEW wurde von der Verteidigung des „Streikgedankens“ gesprochen. Für das Streikrecht kann aber nur breit und mit der Aussicht auf Erfolg gekämpft werden, wenn die Kollegen wissen, warum sie dafür kämpfen sollen. Aber nicht einmal die Gewerkschaftslinken stand voll hinter den Streikinhalten, weil die Forderung einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung nicht klar mit Zielen fortschrittlicher Bildungspolitik vermittelbar war. Und selbst auf die Verteidigung des „Streikgedankens“ waren die Kollegen ungenügend vorbereitet: Ihnen fehlten die Grundlagen zur beamtenrechtlichen Diskussion.

Die Berliner GEW hat bisher keine Analyse der Niederlage in der Urabstimmung 1974 veröffentlicht. Teilweise wurde die Niederlage noch als Erfolg interpretiert. Der massive Druck auf die Lehrer von seiten der Schulverwaltung, die Pressekampagne gegen den Streik, die mangelnde Unterstützung von seiten des DGB wurden als einziger und ausreichender Erklärungsgrund angeführt. Aber wo gibt es schließlich Streiks mit dem Einverständnis der Arbeitgeber? Der Bruch mit der alten Arbeitgeber – Arbeitnehmer einvernehmlichen GEW-Politik, die Entwicklung der Lehrergewerkschaft zur Kampforganisation wurde zwar propagiert, aber die damit gegebenen qualitativ veränderten Bedingungen eines Kampfes statt einer friedlichen Einigung wurden nicht genügend reflektiert. Weder nach der Seite der demokratischen Konsensbildung bei der Masse der Lehrerkollegen hin, noch nach der Seite des „Kampfs“ mit dem Arbeitgeber als notwendigem Implikat der neuen Politik.

3. *Deformation von Basisdemokratie*

Die dargestellten strukturellen Schwächen des Streikversuchs – die hier nicht abstrakt kritisiert werden, sondern unter dem Gesichtspunkt allein, was daraus zu lernen sei, – werden in der folgenden Zeit nicht grundlegend behoben. Verfolgen wir, wie angekündigt, das Problem weiter am Begriff „Basisdemokratie“, wie er in der Satzungsauseinandersetzung eine entscheidende Rolle spielt und in dem sich das gewerkschaftliche Selbstverständnis eines größeren Teils der jungen Lehrergeneration reflektiert.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst die Tradition des Begriffs. Innerhalb von Gewerkschaften, die als Gewerkschaftsapparate ins bürgerliche System integriert sind, bildet die Politik strikt basisdemokratischer Orientierung einen der wesentlichen Hebel, um erstarrte Verhältnisse überhaupt in Bewegung zu setzen. Erinnerung sei an die großen Bewegungen der Shop-Stewards gegen das Gewerkschaftsgesetz und die

Betriebsstillegungen zu Beginn der 70er Jahre in England und die damit verbundenen Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im TUC und in der Labour-Partei nach links. Durch diese basisdemokratischen Bewegungen wird zugleich eine breite, die politischen und beruflichen Differenzierungen überwindende Solidarität in den Betrieben und über die Betriebe hinweg erzeugt. Basisdemokratische Praxis steht und fällt mit der Fähigkeit, sich mit den tatsächlichen Verhältnissen der Betroffenen, ihrem Bewußtsein, zögernden und vorwärtsdrängenden Elementen auseinanderzusetzen, diese ernst zu nehmen und als wesentliche Grundlage des politischen Handelns zu begreifen. Sie setzt bestimmte gleiche und auf Organisierung und Widerstandsaktionen drängende Interessen bei den sich Organisierenden voraus. Damit sind gleichzeitig Abgrenzungen gesetzt: Gegen kurzatmige Strategien wie die Taktik der bloßen *Basismobilisierung* für ihre äußerliche Zielsetzungen, wobei die Betroffenen eher als Objekt verstanden werden, ebenso wie bewegungsopportunistische, weil positionslose Politik des Anhängens an *jede* Aktion, die autonom entwickelt wird. Basisdemokratie zielt auf eine selbstbewußte Organisierung der Individuen. Die Entwicklung einer kämpferischen Interessenvertretung innerhalb eines Industriebetriebs ist auf eine breite Konsensbildung und Aktivierung bei den Kollegen und auf Disziplin angewiesen, soll gegen den Unternehmer überhaupt etwas erreicht werden, zumal dann, wenn man auch noch im Konflikt mit bestimmten Gewerkschaftsgremien steht. (Vgl. dazu z. B. die Vorschläge für strikt demokratische Wahlverfahren für Betriebsräte, die von basisdemokratisch orientierten Kollegen in den Betrieben entwickelt werden: Daimler-Benz, Vulkan-Werft u. a.. Vgl. auf der anderen Seite die strenge Konzentration der Politik solcher basisdemokratisch orientierten Gruppen auf bestimmte Probleme wie z. B. das der Arbeitsbedingungen und deren Verfolgung mit der größten Kontinuität und Ausdauer.)

Basisdemokratie kann nur dann zur dauerhaften Kampfposition sich entwickeln, wenn die Seite der überbetrieblichen Organisierung ebenso ernst genommen wird wie die der kollektiven Organisation am Arbeitsplatz. Dies ist dort ein vergleichsweise geringeres Problem, wo, wie in Italien, eine entwickelte Klassenpartei mit dem Ziel des Sozialismus das Ziel der selbstbewußten Organisierung der Lohnabhängigen verfolgt und praktiziert und wo der Entwicklungsgrad der Klassengegensätze auch die in der Tendenz gleichgerichteten Interessen sichtbar macht. Basisdemokratie heißt in dem Zusammenhang durchaus auch geschlossene Handlungsfähigkeit, vermittelt über offene Auseinandersetzung und mehrheitliche Willensbildung, sowie die Disziplin von Minderheiten.

Demgegenüber entsteht in Ländern wie der BRD, wo die entwickelten Organisationen der Arbeiterbewegung explizit die Interessen der Lohnabhängigen nur noch innerhalb der existierenden kapitalistischen Verhältnisse vertreten wollen, bei den sich selbst als Avantgarde verstehenden Gruppen ein verständliches, gleichwohl prinzipiell unpolitisches Mißtrauen gegenüber jeder den unmittelbaren Erfahrungsbereich überschreitenden Organisierung, hinter der dann stets integrationistisches Abbiegen der eigenen Interessen vermutet wird.

In der Berliner GEW hört man häufig: „Wir lassen uns von der Gewerkschaft nicht sagen, was wir machen.“ Dahinter steht: Es könnte ja sein, daß wir damit in

eine politische Richtung gedrängt werden, die wir nicht wollen. Das immer wieder aufbrechende Mißtrauen selbst gegen den strikt linkssozialdemokratisch orientierten Kujawa-Vorstand in der Berliner GEW beruht auf der Furcht, dieser könne womöglich doch nur das Geschäft der Regierungspartei betreiben. Innergewerkschaftliche Disziplin z. B. erscheint so auch von vornherein suspekt als Disziplin, die nicht der eigenen Sache dient, sondern einer aufgezwungenen SPD-Zielsetzung. Jeder neue Versuch des Eingriffs von seiten der SPD in die Berliner GEW-Politik verschärft dieses Problem. Auf diese Weise gerät die basisdemokratische Orientierung aber in die Gefahr, sich vom normalen Bewußtsein der in den Institutionen der westdeutschen und westberliner Einheitsgewerkschaften repräsentierten Kollegen avantgardistisch abzuheben. Dieses findet seinen Ausdruck in der Strategie, auf juristischem Weg und durch Ausnutzung von Sperrminoritäten eine Minderheitenpolitik gegenüber dem mehrheitlichen Willen der Berliner GEW-Mitglieder zu betreiben – unabhängig von der Möglichkeit, diese Politik in der Bundes-GEW noch vermitteln zu können. Wird hier einerseits die Basis zitiert als Grundlage von Politik gegen die immer des Sozialdemokratismus verdächtige Organisation Gewerkschaft als eines Apparats von Institutionen, so kann man diese Basis andererseits auch wieder nicht zur Richtschnur seines Handelns machen, weil darin die Gefahr der opportunistischen Anpassung ans massenhaft zurückgebliebene Bewußtsein läge. Was Basis ist, kann dann beliebig manipuliert werden. So begründen z. B. Delegierte, die einen basisdemokratischen Standpunkt haben, ihr Verhalten, entgegen dem Beschluß der Bezirksmitgliederversammlung gegen die Satzungsübernahme zu stimmen, mit dem Beschluß einer anderen Fach- oder Betriebsgruppe, die für Satzungsablehnung gestimmt hatte. In einem solchen Verhalten gegenüber der Gewerkschaft als Organisation drückt sich auch aus, daß von den Linken die Gewerkschaft häufig mit einem Katalog von Ansprüchen konfrontiert wird, die diesen den Charakter einer sozialistischen Ersatzpartei abverlangt. Die reale Politik der Gewerkschaften, die auf der Führungs- und Mitglieberebene nur als historisches Produkt von dreißig Jahren BRD-Geschichte zu begreifen ist, trifft unter derartigen Kriterien auf generelle Ablehnung. Die Not einer wenig entfalteten kämpferischen Arbeiterbewegung drängt einem Teil der Kollegen somit nicht nur die Tugend der Basisorientierung und damit eine Orientierung auf eine bestimmte Formen und auch Inhalte tradierter Gewerkschaftspolitik überwindende Veränderung auf, sondern auch immer wieder den zum Mißlingen verurteilten Versuch, linke Heimatlosigkeit durch ahistorische Ansprüche an bestehende Organisationen zu überwinden. Viele Berliner Gewerkschaftslinken schwanken so zwischen Avantgardismus und basisdemokratischer Orientierung, zwischen dem Anspruch, richtige Politik für die Masse der Kollegen auch gegen deren ausdrückliches Votum zu machen und dem Versuch, rein aus der überprüfbaren, unmittelbaren Erfahrung der jeweiligen Betriebsgruppe heraus zu handeln, ohne Bezug auf die Gewerkschaft als eines organisierten Zusammenhangs von Kollegen mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen. Dieses Schwanken ist selbst noch Resultat der Ungleichzeitigkeit von Arbeiter- und Studentenbewegung in der Bundesrepublik und wird durch den Charakter einer Lehrgewerkschaft und ihrer besonderen Bedingungen in der BRD noch verstärkt.

Gerade das unterschiedliche Verständnis vom Sinn und von der Bedeutung zu-

sammenfassender und institutionalisierter Organisation für eine kampffähige Gewerkschaft war der Punkt, über den die Aufspaltungsprozesse zwischen den linken Gruppierungen stattfanden. Für die jungen Lehrer mit vergleichsweise kurzer gewerkschaftlicher Erfahrung ist zentrale und institutionalisierte Organisation nicht mit Erfahrungen von Kampffolgen verbunden. Ihre unmittelbaren historischen Erfahrungen verweisen z. T. vielmehr auf zentrale Organisation als Mittel der Integration in die bürgerliche Gesellschaft sowie der Unterdrückung ihrer Aktivitäten. Davon unterschieden sich vor allem die historisch tradierten Erfahrungen, wie sie in der SEW und auch in der linken SPD noch vorhanden sind. Sie werden aber gerade von diesen Kollegen oft nur in fetischisierter Form beschworen, ohne daß gezeigt werden könnte, welche konkreten Kampfbedingungen gegenwärtig durch eine starke demokratisch von unten aufgebaute und auch zentralisierte Organisation gegeben wären.

4. *Der Satzungskonflikt*

Die GEW Berlin wurde mit dem Problem der Änderungen der Bundessatzung unmittelbar nach der Abwahl des alten Vorstandes konfrontiert: also zu einem Zeitpunkt, zu dem fast alle Funktionäre gerade neu in ihre Funktionen eingerückt waren, Vorstellungen über inhaltliche Einzelfragen und vor allem aber über die Umsetzung einer neuen Gewerkschaftspolitik noch nicht entwickelt sein konnten. Als nun deutlich wurde, daß die neue Bundessatzung der expliziten Übernahme durch die einzelnen Landesverbände bedurfte, also ein Konflikt darüber ins Haus stand, mußte dieser Konflikt zur Nagelprobe dafür werden, ob überhaupt von den verschiedenen linken Gruppierungen und Einzelpersonen, die nunmehr in der Berliner GEW politisch bestimmend geworden waren,

- eine gemeinsame Politik und entsprechende gewerkschaftsprogrammmatische Vorstellungen entwickelt werden konnten, die innergewerkschaftliche Konflikte und Kampf für Mitgliederinteressen nach außen in ein Verhältnis zu setzen in der Lage gewesen wären,
- durch Bündnisfähigkeit untereinander und auf gemeinsamen Überzeugungen beruhenden festen Absprachen der verschiedenen Gruppen – wenn auch begrenzt im Sinne einer Aktionseinheit – die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft hergestellt werden konnte.

Für beides bestand eine zwingende Notwendigkeit. Der massive Druck von außen erforderte einheitliches Handeln. Dem Abbröckeln der eigenen Mitglieder sowie der Skepsis oder dem Desinteresse in den anderen Landesverbänden konnte nur dadurch entgegengewirkt werden, daß man eine inhaltliche, nicht satzungsjuristische Alternative anbieten konnte, zu deren Verteidigung man einen verschärften innergewerkschaftlichen Konflikt auch Andersdenkenden plausibel machen konnte.

In großen Teilen der Berliner GEW wurde die Satzungsvereinheitlichung allein als ein Versuch verstanden, die bestehenden Mehrheitsverhältnisse in der GEW ins-

gesamt gegenüber politisch neuen Strömungen in der Mitgliedschaft zementieren zu können. Aufgrund des Gangs der Ereignisse und des Charakters der Satzungsvereinheitlichung entstand völlig zurecht der Verdacht, es sollten Handhaben geschaffen werden, mit denen unbequeme linke Mitglieder ohne politische Diskussion und ohne den Nachweis gewerkschaftsschädigenden Verhaltens aus der Organisation beseitigt werden konnten. Für viele Mitglieder und Funktionäre nicht nur in der GEW Berlin war mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen das politische Problem verbunden, und dies macht die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem noch schwerwiegenderen Fakt als in den Industriegewerkschaften, daß die Gewerkschaft, die ihre Mitglieder im Konflikt mit dem staatlichen Arbeitgeber schützen soll, nun selbst intern administrativ gegen Mitglieder vorging, die ohnehin verstärkter staatlicher Repression ausgesetzt waren, also in die Rolle des verlängerten Arms staatlicher politischer Disziplinierung geriet und zumindestens einige Spitzenfunktionäre dabei auch gar nichts zu finden schienen.

Nimmt man alle diese Punkte zusammen, so wird deutlich, warum die Kräfte in der Gewerkschaft, die eine alternative Gewerkschaftspolitik anstrebten, dieser Satzungsänderung auf Bundesebene nicht zustimmen konnten und auch nach erfolgter Beschlußfassung eine satzungspolitische Revision dieser Entscheidung anstreben mußten – auch wenn sie die Notwendigkeit z. B. verbindlicher Beschlüsse der Zentrale bejahten. Über die faktische Geltung der neuen Satzung bestand nun solange kein Zweifel, wie die juristischen Schwierigkeiten, die eine Übernahme durch jeden einzelnen Landesverband nötig machten, noch nicht bekannt waren. Danach setzte jedoch die Diskussion ein, wie denn gegenüber der Bundessatzung zu verfahren sei.

Die Diskussion zu dieser Frage litt an einem grundsätzlichen Mangel. Keine der beiden Seiten reflektierte konkret, welche Schwierigkeiten der GEW Berlin in ihrer spezifischen gewerkschaftlichen Arbeit durch Annahme oder Ablehnung der Übernahme entstehen könnten. Diese Schwierigkeiten der konkreten Reflexion hingen natürlich auch wiederum damit zusammen, daß die veränderte Gewerkschaftspolitik noch nicht genügend entwickelt und gefestigt war. Die Befürworter beschworen den drohenden Ausschluß und fetischisierten die Zugehörigkeit zum DGB und zur GEW in einer Weise, die inhaltlich nicht mehr überzeugen konnte – insbesondere angesichts der konkreten Haltung Fristers und der Politik des Berliner DGB. Sie verbanden ihre Satzungspolitik mit keiner politischen Strategie außer der der Anpassung, obwohl das sicher inhaltlich möglich gewesen wäre. Die Ablehner konnten zu keinem Punkt klären, welche gewerkschaftlichen Aktivitäten denn durch die Übernahme der Bundessatzung nicht mehr möglich sein würden, zumal die vorausgesagte totale Lähmung ja im Landesverband Hamburg nach der Übernahme nicht eingetreten war. So verlegten sie sich auf die Vision einer riesigen willkürlichen Ausschlußwelle – bei dem sonstigen Vertrauen in rechtliche Mittel etwas verblüffend – und von Übeln, die erst nach einer evtl. weiteren Änderung der Bundessatzung eintreten konnten. Sie gingen damit argumentativ implizit von der Voraussetzung aus, bei der GEW im Bundesgebiet herrsche eine rechtsautoritäre 2/3-Mehrheit als Dauerzustand und die anderen Landesverbände seien politischem Wandel nicht unterworfen – nur in Berlin herrsche der Fortschritt. Aber auch diese Argumentation war in sich widersprüchlich:

war dies so, dann war es ja überhaupt fraglich, was man in dieser Organisation noch sollte, mit welchen Satzungsvorbehalten auch immer. Die Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse war so in der Tat das einzig wirklich schwerwiegende politische Argument. Aber auch dabei wurde nicht berücksichtigt, daß – je nach den politischen Mehrheitsverhältnissen in den einzelnen Landesverbänden – ohne Unvereinbarkeitsbeschlüsse zahlreiche Ausschlüsse oder mit denselben weniger Ausschlüsse stattgefunden hatten.

Bevor nun untersucht werden soll, wie diese Diskussion innerhalb der Linken in der Berliner GEW geführt wurde und zu welchen politischen Ergebnissen sie gelangte, ist noch darzustellen, welche Bedeutung Frister und die mit ihm eng verbundene rechte Berliner GEW-Opposition („demokratische Alternative“) dem Satzungskonflikt beimaßen. Grundsätzlich bejahten sie natürlich die Bundessatzung. Aber sie mußten damals schon bemerkt haben, daß auch eine rückhaltlose Geltung dieser Satzung ihrem eigentlichen Ziel, der Wiedererlangung der Mehrheit in der GEW Berlin und der Vorstandsposition sie keinen Schritt näherbringen konnte. Sie wußten, daß auch der Ausschluß einiger K-Gruppen-Mitglieder die Mehrheitsverhältnisse in keiner Weise ändern konnte und ihnen selbst politisch nur die Perspektive einer längerfristigen Minderheitenrolle blieb, da sie bildungspolitisch auf Tauchstation gegangen waren angesichts der sozialdemokratischen Regierungspolitik und so der Berliner Mitgliedschaft nichts bieten konnten. Dies waren sie nicht willens hinzunehmen und setzten in zunehmendem Maße auf den Eingriff der Bundesorganisation in die Politik der GEW, der sie weiszumachen versuchten, sie hätten die „schweigende Mehrheit“ der Mitgliedschaft hinter sich. Frister sollte ihnen geben, was sie aus eigener Kraft nicht erreichen konnten. Dazu bot die Satzungsfrage eine Möglichkeit: Der Bundeskongreß in Köln hatte beschlossen, gegen alle Verbände, die die Satzung nicht übernehmen wollten, vorzugehen. Folgerichtig setzten einige „Rechte“ auf die Chaotisierung der Berliner GEW mit dem Ziel, durch Erreichung der Handlungs- und Beschlußunfähigkeit oder auch durch die eigene Nein-Stimme die Übernahme der Bundessatzung selbst zu hintertreiben, um die Zerschlagung des Landesverbandes und die Errichtung eines neuen Verbandes zu erreichen, in dem sie dann die führende Rolle zu spielen gedachten. Frister ließ sich mit diesen Kollegen in sehr weitgehende Verhandlungen ein, zumal er in völliger Verkennung der gewerkschaftspolitischen Situation diese Kräfte für mehrheitsfähig und die „eigentliche“ GEW in Berlin hielt. Ebenso folgerichtig traten dann diese Kollegen nach dem Scheitern ihrer Strategie bei der – rechtlich später annullierten – ersten Übernahme der Bundessatzung aus der GEW aus und hatten nicht mehr erreicht, als den politischen Ruf Fristers in Berlin mit ihren Machenschaften zu schädigen.

Für den Teil der GEW-Linken, die gegen die Satzungsübernahme stimmte, wozu neben den wenigen K-Sympathisanten und Mitgliedern auch ein Teil der Unabhängigen Linken zählte, entstand die politisch peinliche Situation der großen Koalition. Denn nur zusammen mit den zur Spaltung entschlossenen Gewerkschaftsrechten konnten sie hoffen, eine Sperrminorität zu erreichen. Die Bedenkenlosigkeit, mit der man von dieser Möglichkeit Gebrauch machte, weist auf eine grundsätzliche Schwäche der Linken in der GEW Berlin, besonders aber der Gegner der Satzungsübernahme

hin: Stets taktisch darauf gerichtet, die nächste Abstimmung für sich zu entscheiden und ad hoc-Mehrheiten zustande zu bringen, um die jeweils aktuellen Zielsetzungen zu erreichen, geriet die Formulierung langfristiger Strategien und Zielvorstellungen in Vergessenheit.

In einer Satzungsfrage kann eine Minderheit den politischen Willen der Mehrheit blockieren – und dies zurecht, um zu verhindern, daß Minderheiten auf dem Weg der Satzungsmanipulation politisch liquidiert werden können. In der Berliner Konstellation aber, in der die Satzungsfrage Ausdruck eines politischen Gegensatzes zur Mehrheit in der Dachorganisation ist, bedeutet dieser vereinsrechtliche Minderheitenschutz zugleich die Möglichkeit für eine Minderheit, der Mehrheit eine aktive Politik der Konfrontation auf einem Gebiet aufzuzwingen, auf dem sie – auch aufgrund politischer Überlegungen – diese Konfrontation nicht wollte. Dies gilt erst recht für die Fortführung des Konflikts mit gerichtlichen Mitteln im Extremfall als Einzelperson ohne einen Prozeß der Information und politischen Willensbildung der Mitglieder der Politik zu machen und vollendete Tatsachen zu schaffen, nach denen sich andere richten müssen. Satzungsfragen gestatten solche Ausnutzung von Minderheiten zur Veränderung von politischen Mehrheitsbeschlüssen. Viele Kollegen haben bei ihrer Politik der Konfrontation in der Satzungsfrage allerdings übersehen, daß man nicht unbedingt alles tun darf, was gestattet ist. Mitglieder sind freiwillig in der GEW und können durch stille Obstruktion oder Austritt eine Politik dieser Art durchkreuzen, besonders, wenn sie merken, daß ihr Wille zu allerletzt in dieser Gewerkschaft gilt, ihre Abstimmungen ergebnislos sind.

Die Fixierung auf die Satzungsfrage behinderte darüber hinaus die Entwicklung gerade der gewerkschaftspolitischen Alternativen, die als Legitimation eines Konflikts mit der Gewerkschaftszentrale allein hätte dienen können. Dies ist jetzt nicht so zu verstehen, daß in naturgesetzlicher Weise – wie von Teilen der SEW-nahen Kollegen immer unterstellt – Interessenvertretung nach außen und innergewerkschaftlicher Konflikt sich ausschließen. Aber in der Form wie der Satzungsconflict ausgetragen wurde, nahm er die Arbeitskapazität im Übermaß in Anspruch. So konnte der äußerst langwierige und mühsame Prozeß der Analyse der eigenen Situation, der Entwicklung einer Schulungsarbeit, der Aufstellung von Forderungen, des Ausbaus der Schulgruppen, der Vereinheitlichung und der Entwicklung von Durchsetzungsstrategien, die vom Konsensus einer großen Mehrheit getragen werden können, nicht mit der notwendigen Energie und vor allem nicht kontinuierlich vorangetrieben werden. Die von seiten der Bundesorganisation und Frister teilweise auch der Berliner DGB-Führung betriebene Politik der Provokationen, des zu Fall bringens von Aktionen, der gezielten Vorstöße gegen gewerkschaftlich exponierte Funktionäre spielten dabei eine zerstörerische Rolle. Ihre Abwehr beschäftigte die Gremien und die Basis der GEW, die inneren Konflikte zwischen den verschiedenen Flügeln der Berliner GEW verschärfen sich. Die Organisation wurde dazu gebracht, diese Angriffe auf der satzungs- und organisationspolitischen Ebene abwehren zu wollen, anstatt auf der Ebene, auf der sie entstanden waren, dem Gegensatz zwischen einer standesverbandlich orientierten Politik, die in das Konzept einer Reformrücknahme seitens der sozialliberalen Koa-

lition gut paßt, und einer Gewerkschaftspolitik, die autonom von den Interessen der Mitglieder und deren Berührungspunkten mit den Interessen der in den DGB-Gewerkschaften organisierten Lohnabhängigen her bestimmt wird. Dies war umso schwerwiegender, als durch die politischen Veränderungen sich ja Mitgliedschaft und Funktionärskörper in ihrer Zusammensetzung total geändert hatten und – Gott sei Dank – nicht mehr auf „bewährte“ Routineverfahren zurückgreifen konnten. So erreichten die zahlreichen positiven Neuansätze der Gewerkschaftspolitik, die Entwicklung der Betriebsgruppenarbeit, die Organisation von Haupt- und Berufsschultagen, die Demonstrationen, die gemeinsam von Initiativen der Mitgliedschaft und den Vorständen ausgingen, nicht die mögliche Wirkung nach innen und nach außen.

Die meisten dieser Ansätze waren übrigens zwischen den politischen Strömungen der Berliner GEW nicht kontrovers. Bestehende unterschiedliche Auffassungen wären in der Praxis zu lösen gewesen und hätten in keinem Fall das Ausmaß an Polarisierung, Entwicklung offener Feindschaft und gegenseitigen Verdachtes gerechtfertigt und zu sektenhafter Verfestigung geführt wie die Satzungsfrage.

Angesichts der dargestellten Konstellation läßt sich auch nachträglich eine Alternative oder ein Versäumnis der unfehlbaren Lösung schwer ausmachen, will man nicht den Punkt der fehlenden zwölf Stimmen zur Annahme der Satzung im August 76 zum Dreh- und Angelpunkt der Probleme machen. Wichtiger, als verlorenen Möglichkeiten nachzutrauern ist für die zukünftige Politik zu lernen und das politische Verhalten, das in die Niederlage geführt hat, zu ändern. Dieses politische Verhalten ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß es die Beteiligten an der Erlangung der politischen Handlungsfähigkeit durch Erarbeitung eines gemeinsamen konkreten mittelfristigen Aktionsprogramms hindert. Das Politikverständnis vieler Kollegen hindert sie sogar daran, dies überhaupt anzustreben und als wichtiges Problem zu erkennen. Fast bei allen Gruppierungen in der GEW Berlin kann man sich die Bildung des politischen Konsensus ausschließlich durch Kapitulation aller anderen Gruppen und deren Einschwenken auf die eigene Linie vorstellen. Ist das nicht erreichbar mangels Mehrheiten, versucht man wenigstens die Mehrheitsgruppe an der Durchführung ihrer Politik zu hindern und so jedes Handeln zu unterbinden. Dies gilt für alle Gruppen in der Berliner GEW. Ein Beispiel dafür ist der inhaltlich völlig ergebnislose Beschluß der Landesvertreterversammlung im Mai 1976 über das Gastrecht von ausgeschlossenen Mitgliedern – entgegen einem Beschluß des Hauptausschusses der GEW-Bund – der durch Vorstandsrücktritte und ähnliches die GEW Berlin wochenlang lähmte, die Polarisierung verschärfte, zur Lösung der politischen Problematik nichts beitrug und die, die (die Verfasser eingeschlossen) dafür gestimmt hatten, in keiner Weise zu gemeinsamem politischen Handeln befähigte.

Man kann auch dem Vorstand der GEW Berlin und die, die ihn rückhaltlos unterstützt haben, nicht von diesen Vorwürfen ausnehmen. Auch der Vorstand der GEW versuchte nicht, für seine Politik eine Mehrheit zu finden oder eine Politik zu formulieren, die Bewußtseinsstand und politischen Willen einer heterogenen Mitgliedschaft hätte integrieren können. Statt dessen wurde versucht, sich die Tatsache zunutze zu machen, daß es eine politische Alternative nicht gab und so auch die weniger überzeugten, aber pragmatisch orientierten Kollegen zu nötigen, dieser Politik

zu folgen, wenn auch unter Murren. Dabei hatte der Vorstand stets den strukturellen Vorteil, agieren zu können und andere zum Reagieren zu zwingen. Dazu muß aber entlastend gesagt werden, daß eine Alternative schwer denkbar ist: Die Berücksichtigung der Argumente der Satzungsgegner für eine gemeinsame Strategie der GEW Berlin, die auch die nötige breite Mehrheit gefunden hätte, war ja nahezu unmöglich, da sich die Gegner der Satzungsübernahme zur Formulierung einer gemeinsamen Strategie nie in der Lage gesehen hatten und in mindestens vier Strömungen zerfielen. Mit wem und worüber hätte man da verhandeln sollen? Die Formulierung einer gemeinsamen Strategie der Übernahmegegner ist ja wohl auch nicht wegen deren Unfähigkeit unterblieben, sondern weil durch das Aufdecken unüberbrückbarer inhaltlicher Differenzen der Zusammenhalt der für den unmittelbaren Abstimmungs-„erfolg“ notwendigen Nein-Stimmen gefährdet worden wäre.

Wie auch immer, der Vorstand der GEW Berlin konnte immerhin die Berechtigung für seine Politik zumindestens daraus herleiten, daß niemand in der Lage war, eine auch nur annähernd mehrheitsfähige politische Alternative zu entwickeln und personell durch Kandidaturen glaubhaft zu machen. Allgemeine Orientierungslosigkeit in den leitenden Gremien der Gewerkschaft war dann nur die zwangsläufige Äußerungsform dieser inhaltlichen Situation, eine Politik zwischen aktuellem Krisenmanagement und folgenlosen Grundsatzserklärungen sowie moralischen Verdächtigungen: Ausdruck der allgemeinen Hilflosigkeit.

Wollte die Berliner GEW ihre politische Position in der GEW insgesamt stärken und eine weitere Anpassung an Regierungspositionen verhindern, etwas gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse unternehmen, so hätte sie neben der Erarbeitung und Praktizierung einer die Kollegen kontinuierlich aktivierenden und zu gewerkschaftlichem Handeln befähigenden Politik an den Schulen das Bündnis mit ähnlich strukturierten Landesverbänden suchen müssen, auch in der Satzungsfrage. Strategisch hätte sie dann darauf setzen müssen, daß dieselben objektiven gesellschaftlichen Vorgänge, die zu einem politischen Umschwung in Berlin geführt hatten, auch die anderen Landesverbände ergreifen würde. Als Strategie völlig unhaltbar war jedoch der Versuch, die GEW-Bund als unveränderbar reaktionär hinzustellen, aber den Wunsch zu äußern, diesem Verband weiterhin anzugehören, nur wegen seines bösen Charakters satzungsmäßig verankerte Versicherungen zu behalten, um seine Politik nicht mitmachen zu müssen. Begründet wird diese Politik dann mit dem Argument, man könne sich das leisten, denn rechtlich könne einen die GEW nicht ausschließen. Es bedürfte aber doch wohl der politischen Begründung, mit welchem Ziel man das, was man tun kann, tun will. Und diese blieb aus.

Wenn man nicht weiß, wo man hinwill, ist es auch wahrscheinlich, daß man dort nicht ankommt. Diese Grundtatsache der Lerntheorie gilt auch in der Politik. Inzwischen ist man da angekommen, wohin man angeblich nie wollte, in einer Rest-GEW Berlin außerhalb des DGB und der GEW-Bund, und nach einer ersten Verwunderung beginnt sich ein Teil der Kollegen hier auch schon einzurichten.

IV. Zusammenfassung und Perspektiven

Der Satzungskonflikt ist der GEW Berlin aufgenötigt worden, und hinreichend große Teile dieser Gewerkschaft haben den Kampf auf diesem denkbar ungünstigsten Terrain unter den ungünstigsten Kräfteverhältnissen angenommen. Wir haben versucht zu zeigen, aus welchen Gründen und in welcher Weise Teile der aus der Studentenrevolte hervorgehenden linken Intelligenz mit großen Schwierigkeiten bei ihrer Einordnung in gewerkschaftliches Handeln zu kämpfen haben, in welcher Weise sie sich der Gefahr völliger Isolierung aussetzen. Wir haben gleichzeitig gezeigt, wie die tradierte Gewerkschaftsbewegung den Versuch macht, sich in irgendeiner Weise von solchen gewerkschaftlichen Resultaten der Studentenbewegung zu befreien, die in Richtung einer sozialistisch orientierten Veränderung tradiert-sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik weisen: und dies unter Hinnahme selbst des Zerfalls eines ganzen Landesverbands. Die Studentenrevolte war eine soziale Bewegung, die weder die damals schon berufstätigen Lehrer noch gar die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen weiter tangierte. In einer gesonderten sozialen Bewegung entstand eine Intelligenz, die sich der ideologischen Hegemonie der herrschenden Klasse entzog, ohne daß die beherrschte Klasse diese – in der deutschen Geschichte – erstmalige Entwicklung als potentielle Stärkung ihrer eigenen Machtposition hätte begreifen können. In der Distanzierung dieser Bewegung von den Gewerkschaften spätestens nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze und der Abgrenzung der Gewerkschaften gegenüber der nach links gehenden Intelligenz stabilisierte sich der besondere Charakter dieser sozialen Bewegung. Größere Teile der Studenten machten zudem ihre unmittelbaren schlagenden Erfahrungen mit der SPD in Polizeieinsätzen innerhalb der sozialdemokratischen Länder und Kommunen. Da die Universitätsreformen als Resultat der eigenen Bewegung erschienen, wurde die Sozialdemokratie als Partei der politischen Disziplinierung, der Entdemokratisierung von Schulen und Universitäten erlebt, als Partei, die Berufsverbote verhängte und in den Gewerkschaften auf die Durchsetzung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse drängte. In diesen Erfahrungen liegt gleichzeitig die Schwierigkeit der linken Intelligenz begründet, Vorstellungen darüber zu erarbeiten, wie in den – unter der Hegemonie der Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaften – eine Politik zu entwickeln sei, die die vorhandenen Kräfteverhältnisse zum Gegenstand hat. Aus diesem Erfahrungszusammenhang stellt sich in der GEW das Problem, daß Teile der linken Intelligenz der Sozialdemokratie nur in Konfrontation begegnen können. Dies wird durch den in führenden Teilen der Sozialdemokratie wiederholt formulierten Intellektuellenhaß und die Unfähigkeit zur politischen Auseinandersetzung nur bestärkt. In dieser extremen Weise gilt dies insbesondere für die Entwicklung in West-Berlin, wo auf der einen Seite die Studentenbewegung besonders tiefgreifend den gesamten Sozialisationssektor beeinflusste, auf der anderen Seite die antikommunistischen Traditionen des Berliner DGB und der Berliner SPD diese in besonderem Maße unfähig machte, anders als mit Konfrontation auf den Linksrutsch der Intelligenz zu reagieren. Die Paralyse der Berliner GEW stellt so gewissermaßen noch einmal den verlängerten Zusammenstoß aus der Studentenbewegung dar.

Jede aus dem bestehenden Kräfteverhältnis resultierende notwendige Vermittlung zwischen diesen beiden Gruppen in der Gewerkschaft erscheint für Teile der linken Intelligenz als ein Unterwerfungsakt, den man mit seiner moralischen Integrität nur schwer vereinbaren kann und für den sich die einzige Alternative stellt: der Widerstand, in dem dann als Konsequenz auch der Anspruch auf die Realisierung der eigenen sozialistischen Zielsetzung: Verbindung mit der Arbeiterbewegung aufgegeben wird. Daraus entwickelt sich paradoxerweise objektiv eine korporative Tendenz gerade der außerhalb der SPD und der SEW stehenden Lehrer. So gibt es, wenn auch nur ansatzweise, in der Berliner GEW Momente, die eine radikale Interessenpolitik der Lehrer als Lohnabhängiger verfolgen wollen, ohne dabei noch weiterhin den Bezug zu den Interessen der Arbeiterbewegung herzustellen, die sich auf das Ausbildungssystem beziehen; sie verzichten dabei gleichzeitig auf den Zusammenhang ihrer materiellen Interessen mit ihren inhaltlichen Interessen als Lehrer. Die Reduktion von GEW-Politik auf Lohn- und Arbeitszeitforderungen wird von den anderen Lohnabhängigen dann leicht als Kampf um Privilegien wahrgenommen, wenn die Lehrer in ihren Forderungen nicht gleichzeitig den Zusammenhang zur Verbesserung der Lern- und Ausbildungsbedingungen herstellen können, die im Interesse der anderen Lohnabhängigen liegen. In solchen korporativen Tendenzen drückt sich die reale Isolation dieser Intelligenz von der Arbeiterbewegung aus und die Zurückwerfung dieser Lehrer auf rein trade unionistisches Bewußtsein. So ist es nicht verwunderlich, wenn ein als links geltender Bezirk seine Forderungen zur Tarifrunde (250,- DM Gehaltserhöhung in der Tarifrunde 1977 wurden gefordert) folgendermaßen begründet: „Tarifpolitik aus altruistischen Motiven (eigene Forderungen niedrig halten mit Rücksicht auf andere) ist unsinnig: Jede Gruppe bekommt nur das, was sie durchsetzt. Eigener Verzicht kommt zwar anderen zugute, beileibe aber nicht sozial Schwächeren.“ Man war zwar für lineare Lohnerhöhung, stellte dabei aber eine unreal hohe Forderung auf, und ging damit an dem, was lineare Lohnerhöhung in einer Tarifrunde bedeuten kann, vorbei. Mit einer solchen Stellungnahme wird die Erfahrung der realen Isolierung gegenüber den Industriegewerkschaften und die Erfahrung mangelnder gewerkschaftlicher Machtentfaltung in der Weise gewendet, daß man von der Einheitsgewerkschaft schon gar nichts mehr erwartet. Man geht davon aus, daß die Solidarität der Lohnabhängigen untereinander nicht mehr in der Lage ist, z. B. den Verzicht einer gehaltsmäßig privilegierten Gruppe auf prozentuale Lohnerhöhungen durch entsprechend höhere Lohnsätze der geringer besoldeten Gruppen auch zu einem gewerkschaftlichen Erfolg zu machen. Auf dieser Basis findet dann eine Hinwendung zu Vorstellungen reiner Gruppenkonkurrenz statt, die inhaltlich den Anspruch einer breiten solidarischen Organisation der Lohnabhängigen negieren. Demgegenüber bringen Kollegen aus der linken SPD und SEW noch wenigstens den Anspruch in die GEW hinein, über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Lehrer- und Industriegewerkschaften und ÖTV dem potentiellen Rückfall in mit linken Vorzeichen versehene berufsständische Politik entgegenzuwirken.

Da an die SPD zunehmend weniger die Erwartung herangetragen werden kann, daß sie die neuen fortschrittlichen Tendenzen innerhalb der Lehrgewerkschaft für eine soziale Reformpolitik nutzbar zu machen in der Lage ist, müssen diese Lehrer

und Wissenschaftler, wollen sie nicht vollends in die sektiererische Ecke gestoßen und zur Ohnmacht verdammt werden, im vorgegebenen institutionellen Zusammenhang der GEW und des DGB den Zusammenhang zwischen den an Arbeitsinhalten, Arbeitsbedingungen und Sicherheit des Arbeitsplatzes sich orientierenden Lehrerinteressen und den auf die Ausbildung ihrer Kinder sich richtenden Interessen der anderen Lohnabhängigen herstellen. Ausgehend vom bestehenden Kräfteverhältnis muß versucht werden, dieses mittels interessenbezogener Politik und dem Versuch breiter Aktivierung aber auch Konsensbildung zu verändern. Dabei muß das tradierte Selbstverständnis der vorgefundenen Gewerkschaftsbewegung mitreflektiert werden, ebenso wie die Aufgabe, die berufsständischen Traditionen in der Lehrerschaft zu überwinden.

In Westberlin wird es zunächst darum gehen, die eingetretene Spaltung so schnell und so umfassend wie möglich rückgängig zu machen und dabei gleichzeitig aus den unseres Erachtens gemachten Fehlern zu lernen: Sich nicht auf jede Provokation der Berliner Gewerkschaftsrechten und der GEW Bund einzulassen; Abbau des Verbalradikalismus und einer rein deklamatorischen, für Gewerkschaftshandeln unverbindlichen Resolutionspolitik, Entwicklung von Arbeitsprogrammen zur Durchsetzung bestimmter, durch breite Konsensbildung festgelegter gewerkschaftspolitischer Ziele; Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Industriegewerkschaften im Aufbau von Arbeitskreisen Schule und Gewerkschaft, wie dies in Westdeutschland geschieht; Schulungsarbeit, die das gewerkschaftliche Selbstverständnis der Lehrer entwickeln hilft; Ausnutzung der zentralen Gremien für Zusammenarbeit und Verbreiterung der Betriebsgruppenarbeit und ihrer Initiativen. Hier wäre sicherlich von der Hamburger Lehrgewerkschaft in einigen Punkten einiges zu lernen (9). Die GEW muß außerdem daran gehen, das Problem der Gewerkschaftsdisziplin und des gewerkschaftschädigenden Verhaltens zu diskutieren. Sie kann sich nicht als Schaubühne für politische Parteien mißbrauchen lassen. Dieser gewerkschaftlichen Arbeit sind alle organisations- und satzungspolitischen Bedenken sowie Beharren auf angeblichen oder wirklichen Rechtspositionen unterzuordnen. Die GEW im DGB ist mit ihrer neuen Satzung eine gewerkschaftliche Organisation, in der diese Arbeit geleistet werden kann und muß. Die Aufrechterhaltung einer anderen Organisation hat damit keinen politischen Sinn.

Als erste Aufgabe innerhalb der Berliner Lehrgewerkschaft steht an, die Kollegen, die sich bisher nicht zum Übertritt in den neuen Verband entschließen konnten, von der Perspektivlosigkeit eines linken Restverbands außerhalb des DGB zu überzeugen. Gegenwärtig erinnern sich Lehrer der alten GEW gern an die Existenz unterschiedlicher Weltanschauungsgewerkschaften in Italien und Frankreich, um ihre Politik mit dem Verweis auf die Fortschrittlichkeit der Klassenkämpfe in diesen Ländern zu rechtfertigen. Ist die Forderung nach der Mitgliedschaft der Lehrer im DGB nicht in der Tat eine Fetischisierung der Einheitsgewerkschaft ohne konkrete Begründung, was diese für die Lehrer überhaupt bedeutet? Dazu einige Thesen:

1. Die Weltanschauungsgewerkschaften in Italien und Frankreich sind Einheits-

9 Hamburg – zur aktuellen Lage, in: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Nr. 28, Informationsdienst Arbeitsfeld Schule, Offenbach 1977

gewerkschaften, insofern sie quer durch die Berufsschichten organisieren. In den christlichen, kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaften sind jeweils Lehrer, Metallarbeiter, Bankangestellte u. a. organisiert. Ein linker Lehrerverband außerhalb des DGB ist nichts anderes als ein berufsständischer Verband mit linken Vorzeichen. Zudem sei daran erinnert, daß die kommunistischen Gewerkschaften vor allem in Italien schon seit Jahren daran arbeiten, die wesentlich durch den CIA nach 1945 organisierte Aufspaltung der antifaschistischen Einheitsgewerkschaften zu überwinden.

2. Von seiten der bürgerlichen Klasse und ihrer politischen Vertreter wird gegenwärtig mit allen Mitteln an der Aufspaltung der einheitlichen Interessenvertretung gearbeitet. Im Mitbestimmungsgesetz wurde eine Spaltung der Angestellten verankert und die ULA sucht diese zu vertiefen. Die DAG hat sich im Zusammenhang der linearen Lohnforderungen der ÖTV von den DGB Gewerkschaften weiter distanziert. Die Aufrechterhaltung der Einheitsgewerkschaft gegen die berufsständische Ausgliederung ist gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen massiver Angriffe auf diese Einheit eine entscheidende Kampfposition. Den Kollegen in den Industriegewerkschaften und in der ÖTV könnte die Aufrechterhaltung einer nach beruflichen Kriterien organisierten Gewerkschaft außerhalb des DGB sicherlich nicht als ein Akt fortschrittlicher Gewerkschaftspolitik begrifflich gemacht werden, angesichts der gehaltmäßigen Privilegierung von Lehrern eher als elitäre Abspaltung. Auch wird es sicherlich schwer gelingen, glaubwürdig gegen berufsständische Vorurteile bei den Lehrern vorzugehen, wenn man sich außerhalb des Zusammenhangs der Industriegewerkschaften begibt.

3. Die für den Bildungsbereich wesentlichen Entwicklungen sind heute über die Gesamtentwicklung in der BRD vermittelt: Lehrerarbeitslosigkeit, Herabstufung der Grundschullehrer, Berufsverbote, Einschränkung der Lehrfreiheit durch bundesweite Normenbücher, Rationalisierung an den Universitäten, Gefahr des erneuten Rückfalls gerade von Gymnasiallehrern in berufsständische Vorstellungen angesichts der unsicheren Zukunft ihrer eigenen Kinder (Erziehung als Auslese), Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Sparmaßnahmen und die Drohung der Arbeitslosigkeit für die Schüler: all dies läßt sich mit Aussicht auf Erfolg, auch nur was die Verteidigung errungener Positionen angeht, allein über eine bundesweite Organisation angehen, die sich zunehmend nicht mehr auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit sozialliberalen Regierungen, sondern auf die Zusammenarbeit mit Industriegewerkschaften und ÖTV stützt. Die Entwicklung der Lehrgewerkschaft zu einer kampffähigen Organisation von einem Berliner Restverband, der faktisch außerhalb des DGB und der GEW-Bund steht, angehen zu wollen, ist angesichts der dargestellten Gründe u. E. illusionär. Eine linke Avantgarde außerhalb der tradierten Gewerkschaftsbewegung, ist eben keine Avantgarde mehr, sondern fällt als Gewicht zur Veränderung der Kräfteverhältnisse in der GEW-Bund einfach fort.

4. Die Kollegen, die jetzt an dem alten Verband festhalten, haben den Kampf gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgegeben. Sie begeben sich außerhalb der Reichweite all derer, gegen die sie um die Aufhebung dieser Beschlüsse kämpfen wollten. Diejenigen, die sich einig sind, bleiben unter sich und entziehen damit der Bun-

des-GEW wichtige Kräfte in der Auseinandersetzung um die Aufhebung dieser verhängnisvollen Beschlüsse.

5. Die sozialistischen Traditionen in der westdeutschen Arbeiterbewegung verbinden das politische Prinzip der Einheitsgewerkschaft mit der Einsicht, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften Ursache des Sieges des Faschismus war. Von den neuen Sozialisten in den Gewerkschaften muß das politische Prinzip der Einheitsgewerkschaft im Sinne dieser Tradition aufgegriffen und gegen die Versuche, Einheitsgewerkschaft als Mittel der Subsumtion von Interessen der Lohnabhängigen unter die Wachstumsbedürfnisse des Kapitals zu mißbrauchen, wenden. Das Ausscheren aus den wenigen fortschrittlichen Traditionen einer Arbeiterbewegung dient sicherlich nicht der Stärkung sozialistischer Positionen.

6. Die Industriegewerkschaften und die ÖTV werden gerade unter der zunehmenden öffentlichen Denunziation gewerkschaftlicher Organisation und Politik in der westdeutschen Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit auch von inhaltlicher Aufklärungsarbeit der gewerkschaftlich organisierten Lehrer verwiesen. Dies wird sich sicherlich in erhöhter Bereitschaft wenigstens von Teilen der Vertrauensleute, Betriebsräte und auch örtlichen Gewerkschaftsfunktionäre zur Zusammenarbeit mit der Lehrgewerkschaft, wie sie im Bundesgebiet in den Arbeitskreisen Schule und Betrieb z. T. schon funktioniert, ausdrücken. Ebenso verweisen die Niederlagen der DGB-Gewerkschaften bezüglich der Berufsbildungsreform auf eine engere Zusammenarbeit mit den Lehrern.

7. Abwehrkämpfe gegen Besoldungsrückstufungen wie gegen bildungspolitische Rückschritte können erfolgreich nur bundesweit und mit der ÖTV geführt werden. Die Kollegen der alten GEW sollten sich erinnern: ihre Gehälter werden nur auf der Basis der Tarifverhandlungen und -kämpfe der ÖTV-Kollegen heraufgesetzt. Die Auffassung, eine bundesweite einheitliche gewerkschaftliche Organisation sei nicht so wichtig, erweist sich angesichts dieser Tatsachen als Illusion, die nur dadurch entsteht, daß die GEW selbst sich an Tarifikämpfen nicht beteiligt. Diese Illusion ist also das Ergebnis der standesrechtlichen Sonderstellung der Beamten.

8. Die Neugründung einer GEW im DGB durch die Bundes-GEW und ihre Ausstattung mit einem gewerkschaftlich rechts stehenden Vorstand war kein Erfolg der Bundesorganisation in Bezug auf die Wiederherstellung der alten politischen Verhältnisse im Berliner Verband. Es hat sich gezeigt, daß es für eine berufsständisch orientierte Politik im Rahmen von GEW und DGB keine Basis unter den Lehrern gibt. Das eröffnet die Perspektive für alle gewerkschaftlich orientierten Lehrer in einer Organisation im Zusammenhang mit dem DGB den Standesverbänden geschlossen entgegenzutreten zu können.